

Bundesaußenminister Schröder zu Passierscheinverhandlungen

18. Februar 1964

Einzelinformation Nr. 123/64 über die Einmischung Schröders in die Passierscheinverhandlungen

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 837, Bl. 17–19 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Stoph – MfS: Wolf (weiter an HV A VII), Ablage.

Vermerk

Handschriftlich unter dem Dokumententitel: »Quelle HA V«.

Von dem westdeutschen Journalisten *Stehle*,¹ von dem bekannt ist, dass er dazu benutzt wird, bestimmte Auffassungen führender politischer Kreise Westberlins und Bonns an die zuständigen Organe der DDR heranzutragen, wurde einer zuverlässigen Quelle über ein Gespräch berichtet,² dass Stehle mit *Mende*³ über die Einmischung Schröders⁴ in die Passierscheinverhandlungen gehabt habe. Mende habe Stehle mit dem Inhalt eines sogenannten Memorandums⁵ von Schröder bekannt gemacht, das für die ablehnende Haltung der Bonner Regierung zu den Vorschlägen der DDR in der Passierscheinfrage größte Bedeutung besitze.

Nach Schröders Memorandum, das er Bundeskanzler Erhard⁶ zugeleitet habe, sei es jetzt dem Westberliner Senat möglich, in den Verhandlungen mit der DDR hinter den Status des Abkommens vom 17.12.1963⁷ zurückzugehen. Dafür seien folgende Bedingungen herangereift: Die Regierung der DDR stehe »unter dem Druck der sowjetischen Regierung«, die eine »gewisse Freizügigkeit in ganz Berlin« wünsche. Einige andere sozialistische Länder würden dadurch auf die DDR »Druck ausüben«, indem sie selbst an ihren Grenzen eine »gewisse Freizügigkeit« einführen. Außerdem habe die Einflussnahme der Politik der Bonner Regierung auf verschiedene sozialistische Länder dazu geführt, dass offene Differenzen vor allem zwischen der ČSSR und Rumänien einerseits und der DDR andererseits aufgebrochen seien. Schließlich habe sich der »Druck der Bevölkerung« der DDR auf die Regierung der DDR hinsichtlich der »Gewährung von Freizügigkeit« ebenfalls »verstärkt«.⁸

Diese Bedingungen seien im Dezember vergangenen Jahres noch nicht im gegenwärtigen Maße vorhanden gewesen. Zum jetzigen Zeitpunkt seien bei entsprechender Verhandlungsführung unter diesen Bedingungen »größere Zugeständnisse« von der DDR zu erreichen. Schröder habe in seinem Memorandum auch vorgeschlagen, die in den Verhandlungen zwischen Wendt⁹ und Korber¹⁰ von Seiten der DDR geäußerten »Erwartungen« bezüglich einer Änderung der Verhältnisse in Westberlin zum Anlass zu nehmen, um die Verhandlungen gegebenenfalls an diesen angeblich »unannehmbaren Bedingungen« scheitern zu lassen.

Schröder habe in seinem Memorandum dargelegt, dass das Abkommen vom 17.12.1963 eindeutig ein Zugeständnis des Westens an die DDR gewesen sei, auch wenn in Bonn öffentlich erklärt wurde, es habe sich um kein Zugeständnis gehandelt. Aus diesem Grunde müsse eine Wiederholung des Abkommens vom vorigen Jahr unter allen Umständen vermieden und das westliche Zugeständnis durch »unbedingte Härte« korrigiert werden. Stehle erklärte dazu, Mende habe ihm gegenüber mehrfach betont, dass er sich sowohl mit Schröder als auch mit Erhard darüber einig sei, eine Wiederholung des Weihnachtsabkommens auf keinen Fall zu genehmigen.

Stehle teilte in anderem Zusammenhang mit, Bahr¹¹ habe ihm davon berichtet, dass Schröder innerhalb seiner Partei kritisiert worden sei, weil er durch das Berliner Abkommen eine »Durchlöcherung« der Bonner Politik gegenüber der DDR zugelassen habe. Schröder habe sich mit dem Argument verteidigt, es sei bei der Passierscheinübereinkunft nicht um außenpolitische Fragen gegangen, sondern zuständig sei das Innenministerium gewesen, da die DDR formell als »Teil Gesamtdeutschlands« betrachtet werden müsse.

Über ein Gespräch mit dem Leiter der sogenannten Treuhandstelle für den Interzonenhandel Leopold¹² in Westberlin berichtete Stehle, Leopold habe die Auffassung vertreten, er hätte beim Abschluss des Berliner Abkommens »günstigere Bedingungen« für Westberlin erzielen können. Es habe jedoch an der notwendigen Koordinierung sowohl mit Mende und seinem sogenannten Kreditangebot, das sich fälschlicherweise nur auf Konsumgüter bezogen habe, als auch mit dem Westberliner Senat gefehlt. Deshalb sei auch die Frage des Saldenausgleichs im innerdeutschen Handel unabhängig von der Passierscheinfrage gelöst worden. Nach Meinung Stehles ist Leopold dennoch für sogenannte Kreditangebote an die DDR, um ein »wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis« zu schaffen. Er stehe damit im Gegensatz zu Mende, der jetzt die Auffassung vertrete, der DDR müsse »der Brot- bzw. Maschinenkorb höher gehängt« werden. Stehle teilte noch mit, nach der Zusage Staatssekretär Wendts, mit ihm ein Pressegespräch für die Zeitschrift »Stern« zu führen, beabsichtige die Zeitschrift, sich in ihren nächsten Ausgaben für den Abschluss eines neuen Passierscheinabkommens einzusetzen. Von der Chefredaktion der »Zeit« sei er mit einem Artikel über die »Wandlungen der ökonomischen Auffassungen« in der DDR anhand der Materialien des 5. ZK-Plenums¹³ beauftragt worden.¹⁴

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle nicht publizistisch ausgewertet werden.

1

Hansjakob Stehle, Jg. 1927, Journalist, 1958–63 für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« als erster Korrespondent aus der Bundesrepublik in Polen, 1964–2008 Mitarbeiter der Wochenzeitung »Die Zeit« in Hamburg.

2

Zur Vermittlerrolle Stehles vgl. Münkler, Daniela: Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt. Berlin²2015 (BF informiert; 32), S. 37 f.; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), S. 84–91, 128.

3

Erich Mende, Jg. 1916, Politiker, FDP (ab 1970: CDU), 1963–66 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

4

Gerhard Schröder, Jg. 1910, CDU-Politiker, 1961–66 Bundesaußenminister.

5

Mende bezieht sich wahrscheinlich auf Positionen des Auswärtigen Amtes, wie sie sich in verschiedenen Gesprächsnotizen niederschlagen: Z. B. Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carstens, 2.1.1964. In: AAPD 1964. München 1995, S. 3–7; vgl. Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), S. 137.

6

Ludwig Erhard, Jg. 1897, Politiker, für die CDU 1949–63 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–66 Bundeskanzler, 1966–67 CDU-Vorsitzender.

7

Zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin wurde erstmals am 17.12.1963 eine Vereinbarung über die Ausgabe von Passierscheinen für Bürgerinnen und Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch des Ostsektors der Stadt für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964 getroffen. Allerdings erlaubte das Passierscheinabkommen ihnen zwar den Besuch im Osten, den Ostberlinerinnen und Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber auch weiterhin versperrt. Vgl. Alisch, Steffen: Berlin ↔ Berlin. Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des Berliner Senats und Vertretern der DDR-Regierung zu Reise- und humanitären Fragen 1961–1972. Berlin 2000 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 31/2000); Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

8

»Schröder hat in einem Memorandum an Erhard geäußert, dass man hinter das Weihnachtsabkommen (17.12.–5.1.) jetzt zurückgehen kann und muss. Die DDR-Regierung wird nachgeben müssen, weil sie unter dreifachem Druck steht | – der sowjetischen Regierung, die eine gewisse Freizügigkeit in Berlin wünsche; | – ob einige sozialistische Länder üben einen Druck auf die DDR dadurch aus, dass sie selbst die Freizügigkeit an ihren Grenzen einzuführen beginnt, außerdem hat die Einflussnahme der Politik der Bundesregierung auf die soz[ialistischen] Staaten dazu geführt hat, dass offene Differenzen zwischen der ČSSR, Rumänien und der DDR auswirken. | – der Druck der eigenen Bevölkerung in der DDR.« – GI »Gerhard« Hans-Joachim Seidowsky: Bericht. Betr. Gespräch mit »Jakob« am 16.2.1964, 16.2.1964; BStU, MfS, AIM 3654/71, T. II, Bd. 8, Bl. 71.

9

Erich Wendt, Jg. 1902, Partei- und Staatsfunktionär, 1922 KPD, 1947 SED, 1957–65 stellv. Minister für Kultur, führte von 1963 bis 1965 für die DDR-Seite die Verhandlungen mit dem Senat über das Passierscheinabkommen.

10

Horst Korber, Jg. 1927, wurde 1963 Senatsrat in der Senatskanzlei und war von Westberliner Seite aus Unterhändler für das Passierscheinabkommen mit Ostberlin.

11

Egon Bahr, Jg. 1922, Journalist, SPD-Politiker, 1950–60 Chefkomentator des RIAS, 1960–66 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Berliner Senats.

12

Kurt Leopold, Jg. 1900, Verwaltungsbeamter, 1953–64 Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, die mit den Vollmachten von Bundesregierung und Berliner Senat (als »Währungsgebiet DM-West«) die handelspolitischen Verhandlungen mit der DDR (als »Währungsgebiet DM-Ost«) führte.

13

Das 5. Plenum des ZK der SED fand vom 3. bis 7.2.1964 in Berlin statt.

14

Ein solcher Artikel ist nicht erschienen. Offenbar hatten die Angriffe, die auf dem 5. Plenum gegen Robert Havemann erfolgten, dazu geführt, dass sich Stehles Artikel mehr mit der antirevisionistischen Polemik des 5. Plenums als mit ökonomischen Fragen beschäftigte. Vgl. Stehle, Hansjakob: »Faule Eier« im Nest der SED. Der Wind bläst Ulbrichts Dogmatikern ins Gesicht. In: Die Zeit v. 21.2.1964, S. 3.